

Konjunkturinformation

03_16 | September 2016

Lage und Perspektive im Sommer 2016

Die deutsche Wirtschaft zeigt sich im laufenden Jahr in robuster Verfassung. Zwar betrug das Wachstum im 2. Quartal nur noch 0,4%, nach 0,7% im ersten. Auch der private Konsum entwickelte sich etwas schwächer. Der Aufwärtstrend setzt sich jedoch insgesamt fort. Das Bruttoinlandsprodukt dürfte in 2016 um 1,9% zulegen.

Die Rahmenbedingungen für die Binnenwirtschaft bleiben sehr günstig. Dies betrifft insbesondere die Einkommensentwicklung sowie die Situation am Arbeitsmarkt, die sich unverändert positiv darstellt. So erhöhte sich die Zahl der Erwerbstätigen im Juli auf 43,71 Millionen.

Unternehmen mehrheitlich zufrieden

Der Einzelhandel ist mit der Entwicklung im bisherigen Jahresverlauf zufrieden. Die Branche setzte in den ersten sechs Monaten des Jahres 233,22 Milliarden Euro um und übertraf damit den Vorjahresumsatz um 5,88 Milliarden Euro oder 2,6%. Preisbereinigt lag der Anstieg bei 2,1%. Die bisherige Umsatzprognose des HDE von +2,0% für das Gesamtjahr wurde damit leicht übertroffen.

Gewinner des ersten Halbjahres waren der Einzelhandel mit kosmetischen Erzeugnissen und Körperpflegemitteln (real +5,9%), Schuhen (+3,0%), Wohnmöbeln (+2,4%), Spielwaren (+2,4%) und Unterhaltungselektronik (+2,3%).

Die Unternehmen profitieren weiterhin von einer hohen Bereitschaft, auch größere Anschaffungen zu tätigen. Die GfK-Anschaffungsneigung stieg im August weiter an. Eine Rolle spielen hier die niedrigen Zinsen und die positive Einkommensentwicklung. Im Gesamtjahr dürfte der private Konsum um knapp 2% expandieren.



Die Unternehmen zeigen sich auf Basis der Ergebnisse der HDE-Konjunkturumfrage im Sommer 2016 in recht guter Stimmung. Die Geschäftslage als Saldo aus guten und schlechten Einschätzungen steigt auf +10 Saldenpunkte (Vorjahr +2) und damit auf ein 5-Jahreshoch. Positive Einschätzungen überwiegen auf breiter Front.

Ein deutlicher Dämpfer kommt vom Bekleidungseinzelhandel, der im ersten Halbjahr ein Umsatzminus von 1,5% hinnehmen musste. Lediglich ein Viertel der Unternehmen konnte seine Erlöse steigern. Das hat auch Einfluss auf die Entwicklung an den jeweiligen Standorten. So verläuft die Entwicklung in den Innenstädten – hier ist der Bekleidungshandel ein prägendes Element – vergleichsweise schlecht. Ein wesentlicher Faktor dürften hier rückläufige Kundenfrequenzen sein – gerade auch in den zentralen Lagen.

Erwartungen aufwärts gerichtet

Die Umsatzerwartung der Unternehmen für 2016 ist verhalten positiv. 40% der befragten Händler rechnen mit einer Steigerung, 35% mit einem Rückgang der Erlöse. Treiber der Geschäftsentwicklung sind abermals die Online-Aktivitäten. 53% der Multichannelhändler erwarten eine positive Geschäftsentwicklung, lediglich 8% einen Rückgang.

Der Online-Handel wird 2016 auf Basis der HDE-Prognose einen Nettoumsatz in Höhe von 44 Milliarden Euro erzielen. Dies entspricht einem Anstieg zum Vorjahr von 11%. Auch der stationäre Handel wird wachsen. Wir rechnen hier mit einem Plus von einem Prozent.

HDE hebt Umsatzprognose leicht an

Für den Einzelhandel insgesamt hebt der HDE seine Umsatzprognose aus dem Frühjahr für das Gesamtjahr leicht an. Die Unternehmen können sich in einem nach wie vor sehr günstigen Umfeld etwas besser behaupten als erwartet. Die Konsumenten sind unverändert in guter Stimmung. Politische Risiken als Folge des Brexit-Votums oder der Krise in der Türkei schlagen auf die Binnenwirtschaft aktuell kaum durch. Auch die Verlangsamung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung trifft den Einzelhandel als Nachläufer im Konjunkturverlauf noch nicht. Der HDE rechnet in 2016 mit einem Umsatzplus von 2,5% auf dann 485,7 Milliarden Euro (ohne Umsatzsteuer) und hebt seine Prognose aus dem Frühjahr damit um 0,5 Prozentpunkte an. Preisbereinigt dürfte die Entwicklung um gut 2% über dem Vorjahr liegen. Zu berücksichtigen ist dabei, dass dem stationären Handel in 2016 drei Verkaufstage mehr (insgesamt 307) zur Verfügung stehen. Der Umsatzeffekt beträgt hier allein 1,4 Prozentpunkte.



Die Beschäftigungspläne der Unternehmen sind stabil. Der Einzelhandel wird im Jahresdurchschnitt weiterhin rund drei Millionen Mitarbeiter beschäftigen. Über drei Viertel der Unternehmen rechnen mit einer konstanten Zahl von Mitarbeitern, jeweils 12% mit einem Auf- bzw. Abbau.

Privaten Konsum stärken

Die positive Entwicklung der Binnenkonjunktur darf nicht als selbstverständlich verstanden werden. Vielmehr muss die Politik jetzt die Rahmenbedingungen schaffen, damit der Konsum und der Einzelhandel auch in Zukunft die tragende Säule für die Volkswirtschaft bleiben können.

Der private Konsum ist mit einem Anteil von 54% am Bruttoinlandsprodukt die stärkste Kraft der Binnenwirtschaft. Nach einer anhaltenden Schwächephase leistet der private Konsum seit 2010 einen wesentlichen Beitrag zur gesamtwirtschaftlichen Entwicklung.

Rekorderwerbstätigkeit, niedrige Arbeitslosenquote, stabile Verbraucherpreise, steigende Realeinkommen und die kräftige Zuwanderung haben diese Entwicklung forciert. Diese Konstellation wird in den kommenden Jahren so nicht Bestand haben. Wenn der Wachstumsbeitrag des Außenhandels angesichts einer schwächeren Dynamik in den BRICS-Staaten zurückgeht, ruhen die Hoffnungen vor allem auf dem privaten Konsum.

Angesichts der Rekorderinnahmen des Staates ist das nun der richtige Moment, die Bürger zu entlasten. Die Einnahmen steigen seit Jahren. Die Steuer- und Abgabenquoten werden immer üppiger. Die Steuerquote zum Bruttoinlandsprodukt war 2015 mit 22,3% so hoch wie zuletzt 1985. Während das nominale Bruttoinlandsprodukt seit 2010 um 20% stieg, legten die Steuereinnahmen um 30% zu. Der Bund und zehn Bundesländer kamen im vergangenen Jahr ohne neue Schulden aus oder erwirtschafteten sogar Überschüsse. Zugleich profitiert der Bund von den Niedrigzinsen, die ausgabenseitig zu einer Entlastung führen. Die Sparvermögen der Verbraucher werden durch die Niedrigzinsen dagegen in Mitleidenschaft gezogen.

Substanzielle Einkommenserhöhungen können Ausgabeimpulse bei den Verbrauchern freisetzen. Davon profitiert der Einzelhandel als drittgrößter Wirtschaftszweig. Nach OECD-Studien beträgt die durchschnittliche Abgabenlast auf den Arbeitskosten für einen alleinstehenden Arbeitnehmer in Deutschland im Jahre 2016 immerhin 49,9%. Damit liegen wir hierzulande auf Platz drei der höchsten Abgabenlasten innerhalb der OECD-Staaten. Der Staat hat es in der Hand, durch



Entlastungen für höhere Netto-Einkommen zu sorgen und auf diese Weise Anreize beim privaten Konsum zu setzen.

Insbesondere sollten kleine und mittlere Einkommen entlastet werden, beispielsweise durch Maßnahmen bei den Sozialabgaben. Dies würde dem Befund Rechnung tragen, dass gerade bei diesen Einkommen die Belastungen in erster Linie auf Sozialabgaben beruhen. Die entstehenden Ausfälle müssten dann aus dem Steueraufkommen finanziert werden. Auch sollte neben Grund- und Kinderfreibeträgen der Steuertarif auf den Prüfstand gestellt werden. Dazu müsste der Mittelstandsbauch abgeflacht und die Tarifeckwerte nach rechts verschoben werden. Denkbar wäre auch, den Solidaritätszuschlag abzuschaffen.

Außerdem ist jetzt der richtige Zeitpunkt, um die Steuerbelastung für die Handelsunternehmen gerechter zu gestalten. Im Vordergrund steht dabei die Abschaffung der den Einzelhandel benachteiligenden Hinzurechnung von Mieten und Pachten bei der Gewerbesteuer. Denn diese Regelung sorgt dafür, dass Händler unter Umständen auch in Jahren ohne Gewinn zur Kasse gebeten werden. Die Hinzurechnungen belasten in Zeiten vielerorts sinkender Kundenfrequenzen gerade den auf teure Mietflächen angewiesenen Einzelhandel. Das kann bei den Händlern ebenso wie eine Erbschaftsteuer ohne ausreichende Ausnahmen für inhabergeführte Betriebe an die Substanz gehen. Bei der Erbschaftsteuer ist die Politik mit einer familienbetriebsfreundlichen Regelung in der Pflicht. Es geht jetzt um schnelle Rechtssicherheit für die Unternehmen. Ansonsten entsteht das Risiko, dass das Unternehmensvermögen angegriffen werden muss, um die Erbschaftsteuer zu bezahlen. Das gefährdet im Ergebnis Arbeitsplätze und notwendige Investitionen. Bundestag und Bundesrat müssen rasch zu einer tragfähigen Lösung kommen. Das ist eine genuin politische Entscheidung, die Verantwortung darf nicht auf das Bundesverfassungsgericht abgewälzt werden.



EINZELHANDELSUMSATZ

	Einzelhandel ohne Kfz, Tankstellen, Apotheken			Lebensmittel		Nicht-Lebensmittel						
	ohne Ust.	nominal	real	nominal	real	nominal	real					
	Mrd. EUR	% zu Vorjahr		% zu Vorjahr		% zu Vorjahr						
2014	458,1	1,7	1,3	2,0	0,9	1,2	1,4					
2015	472,7	3,2	2,9	2,9	2,3	2,7	3,1					
2016*	233,2	2,6	2,1	2,7	2,3	2,2	2,3					
Jun 15	39,0	6,4	6,1	3,9	3,0	7,9	8,3					
Jul 15	40,1	5,0	5,0	5,0	4,5	3,9	4,6					
Aug 15	37,5	2,3	1,8	4,5	3,9	0,0	0,5					
Sep 15	38,6	4,1	3,7	3,8	3,2	3,0	3,7					
Okt 15	41,2	3,8	2,6	3,6	2,7	2,3	2,3					
Nov 15	40,3	3,0	2,1	3,2	1,9	2,3	2,2					
Dez 15	47,5	3,7	3,3	3,6	2,9	3,1	3,3					
Jan 16	35,9	-0,4	-1,0	-0,6	-1,3	-0,5	-0,7					
Feb 16	36,3	6,4	5,9	7,2	6,7	4,7	5,0					
Mrz 16	40,4	1,2	0,7	3,9	3,3	-1,4	-0,9					
Apr 16	40,9	3,2	2,8	1,5	1,2	4,5	4,7					
Mai 16	39,8	2,8	2,4	2,3	2,2	3,6	3,4					
Jun 16	40,0	2,6	2,3	2,3	2,3	2,4	2,4					
	Unterhaltungs- elektronik		Bau-/ Heimwerkerbedarf		Wohnmöbel		Bekleidung		Kosmetik, Körperpflegemittel		Uhren und Schmuck	
	nominal	real	nominal	real	nominal	real	nominal	real	nominal	real	nominal	real
	% zu Vorjahr		% zu Vorjahr		% zu Vorjahr		% zu Vorjahr		% zu Vorjahr		% zu Vorjahr	
2014	-2,7	1,7	-3,6	-4,4	1,3	0,8	2,0	1,1	9,3	9,4	-4,6	-3,9
2015	-0,6	2,0	1,0	0,3	4,4	3,5	0,8	0,2	7,4	7,7	0,8	-0,4
2016*	2,3	2,3	2,9	2,2	3,5	2,4	-1,1	-1,5	5,9	4,8	-4,5	-9,2
Jun 15	0,1	4,0	8,0	7,1	12,0	11,5	6,8	6,1	13,7	13,4	2,5	3,0
Jul 15	-3,5	0,0	5,2	4,6	3,8	3,1	5,2	4,9	7,9	7,9	2,1	4,5
Aug 15	-0,9	1,6	0,4	-0,7	0,6	-0,3	-9,9	-11,1	6,0	6,3	-3,3	-6,0
Sep 15	0,9	2,7	0,5	-0,1	6,1	5,0	5,1	3,9	6,7	7,5	-14,7	-17,3
Okt 15	-1,7	-1,1	2,1	1,1	2,9	1,4	7,1	5,1	6,2	6,8	-8,3	-12,3
Nov 15	-0,9	-0,4	2,3	1,5	3,8	2,5	-1,9	-3,2	5,0	6,0	3,0	-1,7
Dez 15	-0,1	0,9	2,8	2,2	6,8	5,4	1,4	2,5	5,0	5,8	5,4	2,1
Jan 16	-4,2	-4,3	-0,7	-1,5	0,1	-1,1	-0,4	-0,7	-0,2	0,3	-13,7	-17,9
Feb 16	4,8	4,6	8,8	8,2	7,0	5,8	0,0	-0,2	9,1	10,2	-2,6	-8,7
Mrz 16	2,4	2,1	-3,3	-4,0	-1,1	-2,1	-5,5	-5,2	5,5	7,0	-2,7	-7,0
Apr 16	7,1	6,6	7,1	6,6	8,7	7,7	0,5	-0,3	5,7	7,0	-2,8	-7,2
Mai 16	-0,4	0,1	5,5	4,4	3,0	1,9	0,5	-1,4	5,6	6,8	-4,1	-8,0
Jun 16	6,4	6,8	0,3	-0,5	3,8	2,7	-1,3	-1,3	3,2	4,2	-1,4	-6,7

PREISE (2010=100)

	Verbraucherpreise	Nahrungsmittel und alkoholfreie Getränke	Einzelhandelspreise (ohne Kfz)	Verbrauchsgüter	Gebrauchsgüter mit mittlerer Lebensdauer	Langlebige Gebrauchs- güter	Haushalts- energie	
	% zu Vorjahr		% zu Vorjahr		% zu Vorjahr		% zu Vorjahr	
2014	0,9	1,0	0,6	0,2	0,7	-0,5	-0,9	
2015	0,3	0,7	0,1	-1,5	0,7	0,4	-5,6	
2016*	0,2	0,6	0,1	-1,9	0,8	1,3	-6,1	
Jul 15	0,2	0,4	-0,5	-1,2	0,7	0,0	-5,7	
Aug 15	0,2	0,6	0,0	-1,8	1,0	0,4	-6,7	
Sep 15	0,0	0,9	0,0	-2,4	0,9	0,7	-7,0	
Okt 15	0,3	1,3	0,5	-2,1	1,9	1,1	-6,5	
Nov 15	0,4	1,8	0,3	-1,5	0,9	1,2	-6,3	
Dez 15	0,3	1,1	-0,1	-1,3	0,1	1,1	-6,0	
Jan 16	0,5	0,8	0,0	-1,1	1,0	1,2	-5,7	
Feb 16	0,0	0,7	-0,1	-2,2	0,6	1,6	-7,3	
Mrz 16	0,3	1,1	0,4	-2,2	0,2	1,3	-6,5	
Apr 16	-0,1	0,5	0,6	2,2	1,2	1,2	-6,3	
Mai 16	0,1	0,0	0,3	-2,1	1,2	1,1	-5,7	
Jun 16	0,3	0,1	0,5	-1,6	0,4	1,2	-4,9	
Jul 16	0,4	1,0	0,1	-1,6	0,8	1,2	-4,7	

Quelle: Statistisches Bundesamt; HDE-Berechnungen; * aufgelaufen; Datenstand: 13.09.2016

